

Aufruf zum Aktionstag am 1. Dezember 2011

Nieder mit der Regierung der Deutschen Bank und Co - Für den Deutschen Staatsbankrott!

Weitere 138,2 Milliarden Euro (Anteil BRD am 400 Milliarden „Rettungsschirm“), sollen zur Rettung des kapitalistischen Systems für Deutsche Bank und Co aus dem Steueraufkommen von Arbeitern und Werktätigen entwendet werden, auch wenn es sich vorerst „nur“ um Bürgschaften handelt. Reicht es da noch zu schreien: „Nicht auf unsere Kosten!“ Die Frage, die wir Arbeiter uns stellen müssen, lautet, entweder die oder wir. Die Kapitalisten werden uns in den Bankrott treiben. Darum müssen wir ihren Bankrott verlangen. Gegen die Ausplünderung und Umverteilung des Nationaleinkommens müssen wir uns wehren, genauso wie die Arbeiterbewegung in ganz Europa. Solange wir es nicht tun, vergrößern wir das Elend in Form von Arbeitslosigkeit, Hartz 4 und die Plünderung der Sozialkassen.

Damit muss Schluss sein! Deswegen:

- Jede Milliarde aus dem Staatshaushalt für das Volk, keine für die Deutsche Bank & Co.!
- Für die Enteignung der Deutschen Bank, Siemens, Daimler & Co.!
- Für den Deutschen Staatsbankrott!

Darum Raus auf die Straße am 1. Dezember 2011. Raus zum bundesweiten Aktionstag gegen die weiteren Ausplünderungen unserer Sozialkassen.

Wir fordern Euch auf, lasst uns gemeinsam den Widerstand organisieren, dass unsere Kollegen teilnehmen am Kampf für eine gerechtere Welt, die mit einer Regierung die nur die Reichen rettet, nicht zu bekommen ist.

Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter - und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik
Information / Kontakt: Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt, Mail: R@inerHerth.de, Tel: 069/832754, Fax: 069/ 83833431

In BREMEN, am 1. Dezember 2011

05:00 Uhr Tor 7 Daimler
Flugblattverteilung

14:00 Uhr Tor 7 Daimler
Treffen zur Abfahrt des Autokorsos

zu den folgenden Kundgebungen:

14:30 Uhr vor dem EKZ Berliner Freiheit
15:45 Uhr vor dem Hauptbahnhof
16:30 Uhr vor der Deutschen Bank,
Beim Ohlenhof



Foto: Nach einer symbolischen Besetzung der Deutschen Bank. Aktionstag am 7. Juli 2011

Alle reden vom Staatsbankrott. Wir verlangen ihn.

Wenn der Krauter an der Ecke bankrott ist, bedeutet das, dass er seine Verbindlichkeiten, also unbezahlte Rechnungen, Kredite, usw. nicht mehr bezahlen kann. Das, was er hat, reicht nicht aus. Ist er erst einmal bankrott, kann ein Großteil der Gläubiger ihre Forderungen vergessen.

Anders ist das mit dem Staat. Der hat 2 Bio. Euro Schulden. Nicht, weil er schlecht gewirtschaftet hat oder weil er sich verkalkuliert hat. Nicht weil wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, sondern weil die Staatsverschuldung eine schier unerschöpfliche Quelle des Reichtums der Banken ist. Unerschöpflich und staatlich garantiert - solange wir das zulassen.

Und das funktioniert so: Wir arbeiten so viel, so schnell und so billig, dass wir Daimler und Co. Riesen-Profite bescheren. Die Banken, die fleißig mitverdienen an diesen Profiten, können sie gar nicht mehr anlegen in neuen Fabriken, neuen Anlagen, kurz in der Produktion. Wenn sie ihr Geld also nicht mehr durch Ausbeutung unserer Arbeit vermehren können, kaufen sie lieber gewinnbringende Staatsanleihen.

Wir währenddessen zahlen brav unsere Lohnsteuer (in Summe jährlich 127 Milliarden) an den Staat, wir zahlen auf jeden Kaugummi brav unsere Mehrwertsteuer (136,5 Milliarden im Jahr), wir zahlen Tabaksteuer für jede Zigarette, zahlen Benzinsteuern für jeden Liter im Tank; wir zahlen, zahlen, zahlen, damit der Staat uns die Gesundheitsversorgung organisiert, unseren Kindern eine Bildung garantiert, Straßen baut, auf denen wir zur Malochen fahren können, das Schwimmbad in Schuss hält für die Freizeit...

So sollte es sein, ist es aber nicht. Seit eh und je nimmt der Staat Geld auf bei den Banken. 2 Billionen Euro Schulden haben sich so seit den 50er Jahren angehäuft. Als Zahl: 2.000.000.000.000. Wie das möglich ist, fragst Du, wo Du doch immer brav wie schon Deine Eltern und Großeltern, Deine Steuern (weit über 50% von unserem Brutto gehen für direkte und indirekte Steuern drauf!) zahlst? Ganz einfach: 450 Milliarden hat der Staat zum Beispiel zur Rettung der Banken aufgenommen - bei den Banken natürlich. Das ist die von Dir bezahlte Lohnsteuer und Mehrwertsteuer zusammen für eineinhalb Jahre. Damit nicht genug. Du bezahlst auch noch auf Jahrzehnte hinaus die Zinsen für das von den Banken geliehene Geld, mit dem die Banken gerettet werden sollen. Also, der Retter (hier der Staat) zahlt dem Geretteten (hier die

Banken) jahrzehntelang 3% Zinsen für das Geld, das er, als Retter, vom Geretteten geliehen hat, um ihn zu retten. Ist doch klar, oder?

60 Milliarden, das ist fast jeder zweite Euro unserer Lohnsteuer, gehen so jährlich an die Deutsche Bank & Co. Ist doch ein bomben- und krisensicheres Geschäft. Die Staatsverschuldung als schier unerschöpfliche Quelle für das Finanzkapital, die Regierung als willfähriger Garant dafür, dass diese Quelle niemals versiegt. So einfach funktioniert das System.

Da ist es logisch, dass für uns kaum noch was übrig bleibt,

wenn man noch den Riesenteil einkalkuliert, der für die Rüstung, die Polizei, die Finanzierung der NPD durch den Verfassungsschutz, für die deutsche Kriegsführung, usw. dazu rechnet. Da muss dann halt mal abends die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet, auf der Frühchenstation Personal gespart werden, die eine oder andere Schule oder das Schwimmbad geschlossen werden. Auch wenn die Regierenden medienwirksam von "Steu-

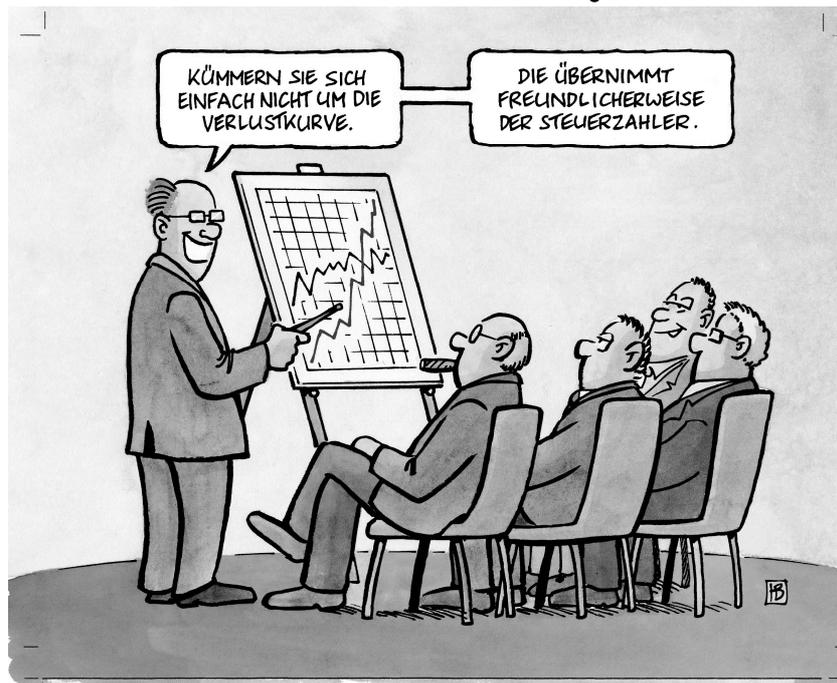
ensenkung" reden, ist klar, dass sie die nächste Steuererhöhung bereits vorbereiten, um die Banken und Konzerne bedienen zu können.

Unsere Haltung dazu ist klar:

Sollen diejenigen, die die Staatsschulden machen, diejenigen, die sich eine goldene Nase daran verdienen, auch geradestehen für die 2 Billionen. Das sind nicht unsere Schulden. Sollen doch die Banken und ihre Regierung daran ersticken. Keinen Cent aus unseren Steuergeldern an die Banken, jeden Cent für das Volk. Wir sind für den deutschen Staatsbankrott, den Bankrott derjenigen, die uns in den Bankrott treiben, die ganze Völker (von Portugal bis Griechenland) ins Elend treiben. Wir sind für den Staatsbankrott derer, die nicht davor zurück schrecken werden (wie schon zweimal in der Geschichte) ihre "Ansprüche" irgendwann mit Waffengewalt einzutreiben.

Deswegen rufen wir auf zum Aktionstag am kommenden Donnerstag (siehe S. 1). Deswegen verlangen wir:

**NIEDER MIT DER REGIERUNG DER
DEUTSCHEN BANK & CO.
FÜR DEN DEUTSCHEN STAATSBANKROTT**



„An den eigenen Arsch denken...“

„Leiharbeit ist Sklaverei. Es ist eine Sauerei, wie mit den Menschen umgegangen wird“. Das ist zu Recht gängige Meinung unter unseren Kollegen. Zumindest, wenn man allgemein darüber redet. Wenn es konkret wird, ist es oft vorbei mit der Solidarität. Geht es etwa um Versetzungen, wird aus dieser Haltung oft ganz schnell ein „Ja, aber...“ Bevor ein „Stamm“-Kollege versetzt wird, soll doch lieber der „Leiharbeiter“ dran sein. Der ist ja schließlich „nur“ ein Leiharbeiter und Leiharbeiter sind ja schließlich dazu da, als erste wieder rausgeschmissen oder in andere Hallen verschoben zu werden. Da kommen dann ganz schnell wieder die uralten Sprüche vom „Hemd, das mir näher ist wie die Hose“ oder „diese Leute kommen hier rein und wissen von vornherein, dass sie nur geliehen sind“.

Das Kapital hat erreicht, was es immer will, wenn wir diese „Argumente“ so stehen lassen. Die Spaltung ist perfekt, die Rechtlosigkeit auf den schwächsten Teil von uns, eben die „Leiharbeiter“, vorläufig abgeladen. Was für ein Trugschluss, wenn einer meint, dadurch „seinen Arsch zu retten“! Es ist schon schlimm genug, dass die IG Metall-Führung uns vormachen will, dass man Leiharbeit „fair gestalten“ kann (Rechtlosigkeit kann man nicht fair gestalten!). Unerträglich wird es aber, wenn wir unter uns die Spaltung, die die Unternehmer brauchen, um uns niederzuhalten, zulassen und sogar mitmachen. So brauchen wir erst gar nicht anzutreten, wenn es zum Beispiel um Tarifrunden, um mehr Erholzeiten, gegen immer größere Arbeitshetze geht. Was heute an den „Leiharbeitern“ durch exerziert wird, wird morgen für alle zur Regel werden (zur Erinnerung: Zuerst waren es die Azubis, die nach ihrer Ausbildung in alle Werke verschickt wurden, kurz darauf Hunderte von Kollegen). Jedem muss doch klar

sein, wie schnell er selbst zum „Leiharbeiter“ werden kann, wie heute schon unsere Kinder in dieses Elend, in diese Zukunftslosigkeit und Rechtlosigkeit hineingezwungen werden. Wir sind keine Hunde, die sich um einen Knochen balgen, den uns der Vorstand vor die Nase hält. Wir sind keine Hunde, sondern Arbeiter. Wir sind Arbeiter, wie der „Leiharbeiter“ auch. Wir sind eine Klasse. Die andere Klasse, das Kapital, ist auf dem besten Weg dazu, uns alle zu rechtlosen Lohnsklaven zu machen, die man heuern und feuern, hin- und herschieben und rumschubsen kann. Nur an den „eigenen Arsch denken“ heißt, nicht nur seine Kollegen im Stich zu lassen, sondern auch sich selbst und die Zukunft seiner Kinder. Also: Lieber den eigenen Kopf einschalten, als den Arsch!

Wir sind wie die Hunde
Die sich raufen um den Knochen,
Wenn wir nichts haben
Beißen wir uns selber zu Tode.

Knurrend und schnappend
Suchen wir uns den besten Platz im Gespann
Während wir dem Feind den Karren ziehn.

Saust die Peitsche nieder
Haßt der Hund den Nebenhund.
Wem der Herr das Fleisch zuerst vorwirft
Der beschützt ihn.
Ach, des wilden Hundes bester Zähmer
Ist der gezähmte Hund.

Bertolt Brecht (aus: Koloman Wallisch Kantate)

Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen und des Verfassungsschutzes!

Mindestens 9 Tote waren offenbar nötig, um eine Diskussion über Duldung und Finanzierung der faschistischen Szene durch diesen Staat zu führen. Über ein NPD-Verbot will man wieder einmal nachdenken, wohl wissend, dass man sie gar nicht verbieten muss. Seit 1945 sind solche Banditenhaufen aufzulösen, so haben es die Alliierten nach dem Sieg über den deutschen Faschismus festgelegt.

Die Verbotsdiskussion ist außerdem eine Scheindiskussion, weil dieser Staat genau andersrum handelt und diese Organisationen unterstützt, z.B. durch die personelle Verquickung mit staatlichen Behörden (Verfassungsschutz), die längst bewiesen ist.

Ganz still und leise will die Regierung Merkel eine zentrale Erfassungsstelle für die rechte Szene einrichten. Und alle klatschen Beifall, von der CSU über die Grünen bis zur Linken.

Das, was diese ursprünglich schon einmal gegen jegliche fortschrittliche Regung in diesem Land vor hatte und womit sie auf Grund von Protesten schon einmal gescheitert ist, soll nun durch die Hintertür eingeführt werden. Die Nazi-Morde dienen als willkommener Vorwand dazu, das Grundgesetz und die letzten bürgerlichen Rechte auszuhebeln. Wie schon einmal in der Geschichte dient faschistischer Terror den Herrschenden zum Abbau letzter Reste bürgerlicher Demokratie.

Also kann es doch nur folgende Forderungen geben:

- **Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!**
- **Sofortige Auflösung des Verfassungsschutzes und anderer Geheimdienste!**



Wir gratulieren ...

- obwohl wir es, ehrlich gesagt, etwas verschlafen haben - den Kollegen der "alternative" aus Untertürkheim zur Herausgabe der Nr. 100 (inzwischen schon 101) ihrer Zeitung. Sie haben sich einen Namen gemacht u.a. mit ihrer Besetzung der Bundesstraße 10 im Jahr 2004, als Protest gegen die Erpressungen des Vorstands um die "Zukunftssicherung 2012". Sie tragen, wie wir, etwas frischen Wind in die IG Metall, bevor die das Kämpfen ganz verlernt. Gegen die Angriffe des Daimler-Vorstands ist die enge Zusammenarbeit fortschrittlicher Kräfte, über den eigenen Betriebszaun hinaus, ein Gebot der Stunde. Denn diese Angriffe werden mehr und

schärfer, das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche. Zu dieser Zusammenarbeit fordern wir auch alle Kollegen bei uns im Werk auf, die mit uns der Meinung sind, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir treffen uns das nächste Mal am Sonnabend, den

10. Dezember

um 11.00 Uhr

in der Posener Str. 55 (Bremen Gröpelingen).

Ganz besonders laden wir natürlich auch unsere Kollegen "Leiharbeiter" ein.

Ach, Dieter....

Die Bremer CDU hat aufgejault, weil der Vorsitzende der „Linken“ seine Partei als „Kampforganisation“ bezeichnet hat. Der „Weserreport“ fährt einen Experten ersten Ranges in Sachen Kampf auf:

„Was sagt ein ausgewiesener Gewerkschafter wie der SPD-Abgeordnete Dieter Reinken von der IG Metall dazu?

„Gewerkschaften sind Interessenvertretungen von Arbeitnehmern. Zur Durchsetzung der Ziele gibt es viele Mittel, manchmal [aber schon sehr manchmal – Anmerkung von uns] auch das Kampfmittel des Streiks.“ Vom Klassenkampf mochte Reinken jedoch nicht sprechen.“

(Weserreport vom 9.11.).

Ach, Dieter! Dass Du, wie Deine Partei, zu der Du konvertiert bist, nichts vom Klassenkampf wissen willst, ist ja hinlänglich bekannt. Da Du nun aber auch der CDU als „ausgewiesener“ Experte dienst, möchten wir Dir mit einem Zitat aus dem „Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall“ aus früheren Jahren weiterhelfen, das vom IGM-Vorstand heraus gegeben wurde. Da heißt es zum Thema Klassenkampf: „Klassenkampf. Die in fast allen Gesellschaftsformen der bisherigen Geschichte sich ständig vollziehenden Auseinandersetzungen zwischen den

herrschenden, besitzenden Klassen und der Masse der mehr oder weniger Besitzenden und Ausgebeuteten (Sklavenhalter und Sklave; Feudalherr und Leibeigener; Kapitalist und Arbeiter). Klassengegensätze und Klassenkämpfe sind in der Natur der Klassengesellschaft begründet. Sie ergeben sich aus den unvermeidlichen Interessengegensätzen zwischen Eigentümern und vom Eigentum Ausgeschlossenen, zwischen Herrschern und Beherrschten, zwischen Bevorrechteten und Benachteiligten. **Die Gewerkschaften haben den Klassenkampf nicht erfunden – er ist eine geschichtliche Tatsache ...“**

(IGM-Handbuch..., S.234).

Also, ob Du ihn willst oder nicht - der Klassenkampf ist eine geschichtliche Tatsache. Eine ebensolche geschichtliche Tatsache ist es, dass es Leute in unseren Reihen gibt, die ihn leugnen, die lieber mit

den „Eigentümern“, den „Herrschern“ und den „Bevorrechtigten“ kollaborieren, als mit den „vom Eigentum Ausgeschlossenen“, den „Beherrschten“ und „Benachteiligten“. Wer die „Natur der Klassengegensätze“ leugnet, hat folglich kein Recht von „Interessenvertretung von Arbeitnehmern“ zu reden.



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, H 3 / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Murat Göcer (H 8) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

e-mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de

(November 2011)